„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur.
Geschäftslokal: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Mittwochausgabe 12—24 Seiten stark.

"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West
MEMBERS OF A.B.C.

Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N, LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can. All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, *Managing Director.*
(Advertising Rates upon application)

Weltdepression und Wirtschaftsideen

Wir erleben gegenwärtig eine Blütezeit des wirtschaftspolitischen Kurpfuschertums. Was der leidenden und darbenden Menschheit heute an Allheilmitteln für die drückende Weltdepression angepriesen wird, geht nach einem etwas derben deutschen Ausdruck „auf keine Kuhhaut". Am üppigsten ins Kraut schießt die Propaganda für eine Weltrevolution, die, nach Moskauer Rezepten durchgeführt, die ganze notleidende Welt aus den Klauen des „Kapitalismus" befreien und einem reichlich phantastischen, paradiesischen Zukunftsstaat zuführen soll. Die Anhänger des wissenschaftlich längst überholten Karl Marx mögen ja teilweise ganz ehrliche Idealisten in ihrer Weise sein, aber das ist gerade einer ihrer Grundfehler, daß sie nach einem „Ideal" oder nach einer verblasten Theorie an Luftschlössern bauen.

Eine andere, streng konservative Richtung möchte lieber heute als morgen über die Sowjetunion herfallen und das dort begonnene große Experiment des Fünfjahrplanes mit Stumpf und Stiel ausrotten. Es steht ohne Zweifel ziemlich einwandfrei fest, daß Rußland von den Bolschewisten in einen Zuchthausstaat verwandelt worden ist, in dem die meisten Nichtrussen nicht dauernd leben möchten. Der Einzelmensch ist dort seiner Menschenwürde entkleidet, seines Eigentums beraubt und einer unerhörten Vergewaltigung seines Gewissens unterworfen. Der Einzelmensch ist im Sowjetstaat nichts anderes als ein Rädchen in einer riesengroßen Wirtschaftsmaschine, das sich drehen muß, wie die von Moskau ausgehende Motorkraft will. Ob das Individuum unter diesem fortwährenden Druck und Zwang sich wohler fühlt als unter der Mammonsgier und aufreibenden Hetzjagd des verlästerten „kapitalistischen Systems", ist eine Frage, die wohl verschieden beantwortet wird. Doch wir sind davon überzeugt, daß es auch im weiten Rußland Millionen von Menschen gibt, die sich dagegen sträuben, zum Herdenvieh der Sowjets degradiert zu werden. Nicht jeder ist zum Sklaven geboren. Besonders widerstrebt es dem deutschen Menschen, seine persönliche Freiheit bis zum letzten Rest opfern zu müssen. Darum leiden auch unsere deutschen Bauern in Rußland so entsetzlich bitter unter den dortigen oft himmelschreienden Zuständen.

Ueber den wirtschaftlichen Nutzeffekt des sowjetrussischen Fünfjahrplanes sich heute schon ein Urteil erlauben zu wollen, wäre vermessen und töricht. Die Propheten des Erfolgs wie die des Mißerfolgs tappen im Dunkeln. Man müßte schon das weite Rußland mit seinen gewaltigen Bodenschätzen, mit seinem fruchtbaren Boden und seinem reichen Holzbestand gründlich kennen, um die Möglichkeiten richtig abschätzen zu können. Man müßte sich aber auch über den Bildungsstand, die industriellen Fähigkeiten und den Erfindungsgeist des russischen Volkes vollkommen klar sein, bevor man dem Sowjetsystem einen wirklichen und dauernden Erfolg auf wirtschaftlichem Gebiete prophezeien kann. Vorläufig sind es ausländische Kapitalisten, ausländische Ingenieure und Facharbeiter, die am gigantischen Bau des Fünfjahrplanes schaffen. Wie aber wird es werden, wenn die Russen selbst die kaufmännische Leitung und den technischen Betrieb der neugebauten Elektrizitätswerke, der Traktorenfabriken und all der anderen Industrieunternehmungen, die wie Pilze aus dem Boden schießen, antreten sollen? Wie wird es, wenn das ausländische Kapital sich aus Rußland zurückzieht, weil es vielleicht eines Tages anderwärts bessere und sichrere Anlage und Ausbeutungsmöglichkeiten entdeckt? Ohne Kapital und ohne eine Klasse von hochwertigen und gutbezahlten kaufmännischen und technischen Leitern wird auf die Dauer auch die Sowjetindustrie nicht existieren können. Das ist für jeden volkswirtschaftlich denkenden Menschen so klar wie die Sonne am Firmament.

All die kläglichen Vertuschungsmanöver Moskaus können nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß Sowjetrußland mit fortschreitender wirtschaftlicher Entwicklung langsam in das Geleise der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zurückgleitet, nur mit dem einen Unterschied, daß die Machthaber in Moskau im Namen des „Kommunismus" regieren, der sich mehr und mehr zu einem russischen Wirtschaftsimperialismus auswächst. Die Handlanger dieses kommenden russischen Imperialismus sind die leichtgläubigen Moskaufänger, die sich als Kommunisten in allen Ländern herumtreiben. Unter dem Deckmantel der Propaganda für die „Weltrevolution", an die wohl die Sowjetgewaltigen selbst nicht mehr im Grunde ihres russischen Herzens glauben, findet die heutige russische Regierung in allen Teilen der Welt mitbelos Agenten und Spione für die zukünftige russische Weltmacht.

Das absolute Extrem zum Sowjetsystem ist der Wirtschaftsliberalismus, der im letzten Jahrhundert von England aus seinen Siegeszug durch die Welt angetreten hat. Während der Sozialismus die Wirtschaft zu einer Dienstmagd des Staates oder der „Gesellschaft" erniedrigt, weist der englische Liberalismus in seiner alten Prägung jede staatliche Einmischung in die Volkswirtschaft und das soziale Leben energisch zurück. Alles gehen, alles laufen lassen, in der Hoffnung, die Entwicklung werde schon wieder alles in die richtige Bahn bringen, ist das Kennzeichen dieses englischen Geistes, der auch in Canada sehr weit verbreitet ist. Ein Blick auf die geradezu kleptraurige Untätigkeit (oder Ratlosigkeit?) der Provinzial- und Dominionregierungen gegenüber den Problemen der Weizenvermarktung und der Arbeitslosigkeit zeigt, wohin diese schlaffe Haltung führt. Dabei hat das so oft als reich gepriesene Canada nur zehn Millionen Menschen. Europäische Völker wie das deutsche, das österreichische usw. wären schon längst verhungert und gestorben, wenn auch dort die Politik des Gehenlassens angewandt würde. In Europa leben auf einem Gebiet so groß wie die Provinz Alberta oder Saskatchewan etwa 60 Millionen Menschen. Diese müssen auch ernährt, gekleidet und untergebracht werden. Mitunter hat es sogar den Anschein, als ob europäische Länder sich schneller von der Weltdepression erholen würden als das „reiche" Canada oder die Vereinigten Staaten. Was die hiesigen Regierungen zur Linderung der Wirtschaftsnot und zur Hebung des Wirtschaftslebens aufwenden, sind nur Tropfen auf einen heißen Stein. Oft läßt sich nicht einmal genau feststellen, in wessen Taschen eigentlich die Millionensummen hineinschlüpfen. Ja, man erschwert sogar noch die Lage, indem man jenen Ländern, die als Abnehmer unseres Weizens in Frage kommen könnten, durch unendlich hohe Zolltarife die Türe vor der Nase zuschlägt, nur um einige befreundete Industrien zu „schützen".

Wenn in normalen Zeiten auch die Politik des Gehenlassens sich noch einigermaßen rechtfertigen läßt, so wird sie doch in einer so furchtbar ernsten Krise wie der gegenwärtigen zu einer ganz groben Unterlassungssünde, die keiner Regierung verziehen werden kann. Jede Regierung hat vielmehr die unbedingte soziale Pflicht, die Notleidenden in allen Schichten der Bevölkerung vor dem Versinken zu bewahren.

Russische Industriespionage

Vor kurzem hat ein amerikanischer Journalist ein interessantes Buch über den russischen 5-Jahresplan geschrieben, in dem er die Erfahrungen einer längeren Reise in den neu errichteten Fabrikstädten im Uralgebiet wiedergibt. Das Buch zeigt, wie die russische Sowjetführung aus Angst vor dem Eingreifen der Westmächte, einschließlich Amerika, alle Kräfte anspannt, um den ursprünglichen 5-Jahresplan in kürzerer Zeit durchzuführen, und wie alles dazu dienen muß, um zu diesem Ziel zu kommen. Die Folge ist, daß die russische Bevölkerung in Großstädten wie Moskau, an dem dringendsten Lebensbedarf Not leidet, während umgekehrt in den neuen Industriegründungen, die mit diesem 5-Jahresplan geschaffen werden, alle erforderlichen Lebensbedürfnisse vorhanden sind. Besonders beachtlich ist dabei, daß die russischen Wirtschaftler ohne jede Rücksicht zur Durchführung ihrer Maßnahmen auch Patente anderer Staaten einfach für sich verwenden. Deshalb ist es an und für sich gar nicht verwunderlich, daß nun auch von russischer Seite der Versuch gemacht wird, in der deutschen Industrie Werkspionage zu betreiben, wobei man sich naturgemäß solche Industrieanlagen aussucht, die, wie die chemische Industrie, besondere Leistungen aufzuweisen haben. Ungeheuerlich ist allerdings, daß es deutsche Kommunistenführer gibt, die sich als Werkzeug dafür hergeben. Mit Recht ist die Arbeiterschaft, wenn solche Werkspionage offenkundig wird, darüber außerordentlich empört; weiß doch heute jeder Arbeiter, daß mit dieser Werkspionage eine Verschlechterung der Arbeitsmöglichkeiten in Deutschland eintreten muß. Der kürzlich in Höchst verhaftete Kommunistenführer Dietbach war Mitglied des Betriebs- und Arbeiterrates der J. G. Farbenindustrie, Kommunalkandidatenabgeordneter und Mitglied des Bezirksrates. Die Verhaftung erfolgte, weil er Betriebsgeheimnisse der J. G. Farben an die russische Handelsdelegation verkauft hat. Eine umfangreiche Korrespondenz konnte festgestellt werden, alle Verhafteten gelten als überführt. Der Mittelsmann war der Leiter der Chemiegruppenindustrie der R.G.O. (Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition) Stoffen in Berlin, der ebenfalls verhaftet worden ist. Es hat sich herausgestellt, daß diese Beauftragten der russischen Handelsdelegation nicht nur bei der J. G. Farben, sondern auch in Munitionsfabriken Spionage treiben wollten.

Die deutsche Wirtschaft in Frühjahr 1931

A.D. Im Vordergrunde der Probleme der deutschen Wirtschaft steht immer noch die Arbeitsbeschaffung. Durch den späten Beginn des Frühjahrs mit wärmerer Witterung erfuhr die saisonmäßige Frühjahrsbelebung eine starke Verzögerung Bekanntlich erreichte erst am 15. März die Erwerbslosenziffer mit 4.98 Millionen ihren Höhepunkt. Anfang April war dann eine Abnahme um einige Hunderttausend zu verzeichnen. In einzelnen Wirtschaftszweigen ging immerhin die Besserung des Auftragseinganges über das saisonmäßig bedingte Maß hinaus, so in der chemischen Industrie, in der Automobil- und Lederwarenindustrie und im Bekleidungsgewerbe. In den besonders konjunkturempfindlichen Kapitalgüterindustrien, der Eisenindustrie, der Maschinenindustrie und im Baugewerbe ist die Lage nicht derart, daß man von einer allgemeinen Wirtschaftsbelebung in Deutschland sprechen könnte, jedoch nimmt man an, daß die Abwärtsbewegung der Produktions- und Umsatztätigkeit ihr Ende erreicht hat.

Was den Außenhandel anbelangt, so läßt dieser ebenfalls noch nicht auf eine Ueberwindung der Krise schließen. Indessen bestätigen auch die Außenhandelszahlen, daß der Rückgang des Rohstoffbedarfs der deutschen Industrie zum Stillstand gekommen ist und sich die Abwärtsbewegung dem Ruhepunkt genähert hat. Aus der Ausfuhrsteigerung im März auf eine Besserung der Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes zu schließen wäre verfrüht; trotz des lebhaften Interesses des Auslandes für deutsche Waren auf der Leipziger Messe. Die neuen russischen Aufträge in Höhe von 500 Millionen Mark sind besonders für einzelne Industrien von Bedeutung, während sie im Rahmen des Gesamtaußenhandels verhältnismäßig wenig besagen. Eine Wendung der Weltkonjunkturlage, wie man sie aus der Bewegung einiger Rohstoffpreise ablesen zu können glaubt, könnte naturgemäß der deutschen Wirtschaft eine starke Stütze geben. Anzeichen dafür sind jedoch nur wenige vorhanden, die Abwärtsbewegung der Preise auf dem Weltmarkt dürfte jedoch zum Stillstand gekommen sein.

Auf dem deutschen Geld- und Kapitalmarkt konnte sich im April wieder eine stärkere Entspannung durchsetzen, nachdem die ersten Monate des Jahres noch unter den Nachwirkungen der Vertrauenskrise standen. Sämtliche Geldsätze sind im Durchschnitt zurückgegangen. Die Beanspruchung der Reichsbank vonseiten der Wirtschaft weist einen starken Rückgang auf, desgleichen den Wechselumlauf. Auf dem kurzfristigen Geldmarkt sowie auf dem Kapitalmarkt ist die allmähliche Rückkehr des Vertrauens in eine politische und wirtschaftliche Konsolidierung Deutschlands deutlich zu spüren. Der Geldzufluß aus dem Auslande wächst.

Weltumschau

Radikaler Wahlsieg in Schaumburg-Lippe. Bei den Wahlen für den Landtag von Schaumburg-Lippe haben die Nationalsozialisten erhebliche Gewinne erzielen können. Ebenso nahm die Zahl der Stimmen der Kommunisten zu, während die Stimmenzahl der Sozialdemokraten zurückging. In Stadthagen stieg die Zahl der nationalsozialistischen Stimmen von 680 auf 1112 und in der Umgebung von 2218 auf 3230. Die Mittelparteien verloren ungefähr 25 bis 35 Prozent ihrer Stimmen.

Die Verluste der Sozialdemokraten sind zum Teil darauf zurückzuführen, daß sie für den Anschluß an Preußen eintraten. Die anderen Parteien appellierten an das Patriotismus der Bevölkerung und gaben die Wahlparole aus: „Schaumburg-Lippe, die Heimat ist in Gefahr!" Der Ruf verfehlte auch seine Wirkung nicht; denn es beteiligten sich 92 Prozent der Stimmberechtigten an den Wahlen.

Polen spielt mit dem Feuer. Polen hat an den Völkerbundsrat-Kommissar tatsächlich das Gesuch gestellt, Truppen nach Danzig senden zu dürfen, um dort die Ordnung aufrecht zu erhalten. Nun ist in Danzig vom inneren Unruhen keine Rede, nichts ist da zur Ordnung zu stellen und Danzig ist keine polnische Stadt, das Gesuch bedeutet also nichts mehr und nicht minder als eine ungeheuerliche Vergewaltigung und einen kriegerischen Akt mitten im Frieden. Daß der Völkerbundskommissar das Ersuchen Polens abgelehnt hat, versucht sich von selbst, garantiert aber noch lange nicht, daß es nicht jeden Augenblick wiederholt werden mag, oder aber daß Polen überhaupt nicht erst auf eine Bewilligung des Gesuchs warten, sondern seine Truppen auch ohne dieselbe in die Freie Stadt Danzig einmarschieren läßt. Natürlich nun dieselbe zu annektieren, wie es Wilna annektiert hat und große deutsche Landesteile gekauft, als Deutschland die Waffen niedergelegt hatte und von allen Seiten von den Verbandsbrüdern bedrängt wurde.

Polen weiß natürlich ganz gut, daß eine Einverleibung Danzigs oder der Kanal Ostpreußens, worauf man es in Warschau gleichfalls abgesehen hat, Krieg bedeuten würde, allein es verläßt sich auf den demarkierten Beistand seiner guten Freunde in Paris. Frankreich und Polen sind sich im Kampfe gegen den Lebenswillen des deutschen Volkes in der schwerbedrohten Südostecke Germaniens noch immer einig gewesen.

Das Warschauer Blatt „Gazetta Polska", Pilsudski's Organ, äußerte sich erst vor wenigen Tagen folgende Zeilen: „Die polnische öffentliche Meinung beobachtet bisher das höchste Maß von Geduld gegenüber den unnatürlichen Verhältnissen auf dem Gebiet der Freien Stadt Danzig, wo der Hofe des Volkes unter dem Zeichen Hitler's sich barbarische Gewalttaten gegenüber polnischen Bürgern unter Teilnahmelosigkeit der Behörden erlaubt. Diese Geduld hat aber ihre Grenze. Wenn die Danziger Behörden nicht in der Lage sind, die Sicherheit von Leben und Gut der polnischen Bürger zu gewährleisten, dann werden wir gezwungen sein, daraus die notwendigen Folgerungen zu ziehen."

Wird die Bevölkerung ruhig zusehen, während Polen einen neuen Weltbrand zu entfachen versucht?

Tschechen-Propaganda von Wien aus. Der seit langem unternommene Feldzug der Wiener Tschechenblätter gegen den Zollvertrag hat mit aller Kraft begonnen. Wie es scheint, hat man beschlossen, weniger durch Aufsätze in der Tagespresse als besonders in „Fachblättern" auf die Interessentenkreise und vor allem auf das Ausland zu wirken. Den Feldzug eröffnete das deutsch geschriebene, aber im tschechischen Dienste stehende Blatt „Die Börse". Das andere Tschechenblatt, „Die Stunde", brachte Ausführungen der „Prager Presse", dem Blatt Benesches, worin versucht wird, an Hand des seinerzeit abgeschlossenen Vertrags zwischen Preußen und Hessen-Darmstadt das machtpolitische Moment als Triebkraft der Zollunion zu erweisen. Doch dem Vogel schießt die „Börse" ab. Die ganze Nummer, die augenscheinlich in Hunderten von Exemplaren an ausländische Stellen gegangen ist, enthielt eine halbes Dutzend Beiträge, die zum Teil in raffinierter Weise gegen die Zollunion hetzen. Der eine Aufsatz behauptet, daß es sich bei dem Zollvertrag um eine Wiederanknüpfung Oesterreichs durch Deutschland handle, und spekuliert auf die Furcht mancher Oesterreicher, die „Attacken" auf ihre Selbständigkeit von deutscher Seite hervorruft und die glauben gemacht werden sollen, daß sie Opfer einer anschließlich zugunsten Deutschlands durchgeführten Aktion seien. Wie ausgesprochen der weitverzweigte tschechische Apparat klappt, ersieht man daraus, daß die „Prager Presse", die noch vor der „Börse" erschienen ist, bereits eine Wiedergabe des eben gekennzeichneten Aufsatzes enthielt.

Ferner brachte die „Börse" dann einen Aufsatz, der die großen Wirtschaftsverbände gegen die Zollunion aufpeitschen oder im Ausland einen falschen Eindruck über deren Stellungnahme erwecken soll. Es wird behauptet, daß diese Verbände „in unzulässiger Weise übergangen", d. h. nicht um ihre Ansicht befragt worden seien. Ferner wird vorgerechnet, was Oesterreich bei einer Kündigung des Handelsvertrags mit Frankreich, als Folge des Zollvertrages, alles zu verlieren habe. Darauf folgt eine Darlegung der angeblichen wirtschaftlichen Nachteile, besonders der Steigerung aller Lebenshaltungskosten, welche die Zollunion mit sich bringen würde. Am raffiniertesten ist jedoch erst das Folgende: „Die Börse" hat sich mit den Exponenten einer Reihe solcher Industrien in Verbindung gesetzt, die unter der Union vielleicht vorübergehend zu leiden haben werden. Sie läßt diese Herren nun lang und breit über die zu erwartenden Nachteile klagen. So soll sich für den ununterrichteten Leser der Eindruck ergeben, daß die österreichischen Wirtschaftskreise die Zollunion ablehnen und öffentlich feststellen, daß das arme Oesterreich hier nur ein Opfer des Reiches wird.

Jetzt begreift man auch, warum Prag seinerzeit österreichische Presseorgane aufgekauft hat.

Alexander und Carol trafen sich. König Alexander von Jugoslawien und König Carol von Rumänien trafen sich auf Verabredung und verbrachten eine Stunde zusammen in einem Motorboot. Ihr Wunsch, allein zu sein, war so groß, daß sie keinen Bootsführer nahmen, sondern König Carol selbst den Steuermann machte und das Boot auf der Donau auf und ab fuhr. Die Zusammenkunft wurde später als „rein freundschaftliche Geste" bezeichnet. König Alexander ist der Schwager des König Carol.

Carol, von dem gesagt wurde, daß er die Zusammenkunft gewünscht hätte, kam von Orsova in Begleitung von Ministerpräsident Jorga von Rumänien ab. Alexander fuhr in der königlichen Jacht flußabwärts, die von zwei Monitoren eskortiert wurde. Nachdem sie sich begrüßt hatten, stiegen die beiden Monarchen in das Motorboot und fuhren davon. Nach der Rückkehr bewirtete Alexander seinen Schwager Carol an Bord der Jacht.

Es liefen viele Gerüchte über den Zweck der Konferenz um. In Bukarest wird geglaubt, daß die Konferenz zwischen den beiden Königen Gegenstände von großer Wichtigkeit in den beiden Ländern berührte, und daß die Begegnung, da sie mit der Konferenz der Kleinen Entente zusammenfiel, kein bloßes Zusammentreffen war.

Die Ministerpräsidenten der beiden Monarchen, Jorga von Rumänien und Jivkovitch von Jugoslawien, begleiteten die Könige und hielten selbst eine Konferenz auf einem Dampfer mitten auf dem Fluß ab.

Präsidenten-Kandidaten in Frankreich. In den Wandelhallen des französischen Senats und der Deputiertenkammer überschattet die kommende Präsidentenwahl alle anderen Fragen. Selbst so wichtige Angelegenheiten wie die Debatte über den deutsch-österreichischen Zollverein und Interpellationen über die Stockung in den Flottenverhandlungen treten in den Hintergrund.

Unter denen, die als aussichtsreiche Kandidaten für das Amt des Präsidenten diskutiert wurden, waren Paul Doumer, der Präsident des Senats, Senator Albert Lebrun, hinter dem der frühere Präsident Poincaré steht, Senator Léon Berard, der Justizminister, und Aristide Briand.

Freunde des Außenministers erklären, daß seine Aussichten auf Erwählung zum Präsidenten täglich günstiger werden. Briand hat bis jetzt jedoch die Vorbringung seines Namens noch nicht gestattet. Er dürfte sich auch nicht eher als Kandidat bekennen, bis das Verlangen nach ihm stark genug ist, um seine Erwählung gewiß zu machen. Briands Freunde wollen die Fehler vermeiden, den Clemenceau in 1919 machte, als der „Tiger" die politische Opposition unterschätzte. In Briands Falle würde eine Niederlage eine ungünstige Rückwirkung auf seine Politik im Auslande haben, und der Außenminister wird deshalb vorsichtig sein, um sein Prestige nicht zu gefährden.

Unter den Kandidaten werden ferner genannt: Ex-Premier Paul Painleve, Präsident Bonsson von der Deputiertenkammer, André Maginot, der Kriegsminister, und Jean Hennessay, der frühere Ackerbauminister, Botschafter in der Schweiz und Besitzer der bekannten Brennerei.

Scheitern der Flottenverhandlungen. Graf Rene Massigli, der an der Spitze der französischen Delegation stand, welche mit den Italienern und Engländern über den neuen Flottenpakt unterhandelt, ist von London nach Paris heimgereist, und damit ist die vielbesprochene Unterhandlung überhaupt eingeschlafen. Sie wird erst wieder aufgenommen werden, wenn die Außenminister Frankreichs, Italiens und Britanniens Mitte Mai sich in Genf bei den Sitzungen des Völkerbundes treffen werden.

Massigli's Abreise bedeutet, daß die Unterhandlung, welche vor sechs Wochen als ein „Triumph für alle drei beteiligten Länder" ausposaunt wurde, an den Forderungen Frankreichs gescheitert und daß dabei nur eine Verständigung zwischen Britannien und Italien herausgekommen ist.

Arthur Henderson, der britische Außenminister, scheint allerdings die Hoffnung noch nicht ganz aufgegeben zu haben, irgendeinen Flickwerk-Kompromiß wenigstens für die Dauer der Gültigkeit des Londoner Flottenpaktes herauszuschlagen, aber von der Formulierung eines Flottenpaktes zwischen den drei Ländern ist nicht mehr die Rede. Was die Briten jetzt anstreben, ist die Verhütung der Heraufbeschwörung einer Situation, welche auch das Gelingen der im Februar nächsten Jahres fälligen Weltabrüstungskonferenz in Frage stellen würde.

Graf Massigli erklärte in London vor seiner Abreise nach Paris, daß die Unterhandlung bis auf Weiteres gänzlich zum Stillstand gekommen ist.

Holzausfuhr der Sowjets. Laut amtlicher Kundgabe steigt die Bauholz-Ausfuhr der Sowjet-Union. Lieferungskontrakte für 1932 sind abgeschlossen, deren Wert insgesamt auf 185,000,000 Rubel (ungefähr $92,500,000) berechnet wird. Ein Beamter der Sowjet-Abteilung für Holzexport teilt mit, daß diese Ausfuhr, die 1922 sich nur auf 1,000,000 Kubikmeter belief, im vergangenen Jahre auf 12,000,000 Kubikmeter gestiegen sei. Damit habe die Sowjet-Union den ersten Platz im Bauholz-Weltmarkt erreicht. Dazu bemerkte er: „Wenn man die Wirtschaftskrisen, unter welchen unsere Agenten sich betätigen mußten, und den Preisrückgang infolge dieser Krisen berücksichtigt, ist die Zunahme der Holzausfuhr der Sowjet-Union noch besonders auffallend."

Von dem Sowjet-Beamten wird ferner darauf hingewiesen, daß in anderen Ländern ein scharfer Widerstand gegen Sowjet-Bauholz bärtichen wurde, besonders in England, welches einer der bedeutendsten Handelskunden Rußlands sei. Unerwähnt ließ er die Anstrengungen in den Vereinigten Staaten, die Einfuhr von Sowjet-Bauholz unter Bann zu stellen.

Unruhen in Aegypten. Bei einem Krawall in Benisuef (Aegypten), bei dem die Polizei Feuer auf die Demonstranten eröffnete, sind den Meldungen nach acht Personen getötet und 46 verletzt worden. Sieben Polizisten trugen Verletzungen davon. Die Zahl der Opfer stammt aus einer Meldung der Wafdisten und stimmt mit dem Bericht des Innenministeriums nicht überein. Nach der amtlichen Meldung sind sechs Personen getötet und drei Demonstranten und sieben Polizisten verletzt worden.

Die Unruhen entstanden bei der Ankunft des Wafdistenführers Nahas Pascha und sechs Mitgliedern seiner Exekutive, die im Auto nach hier kamen und sich nach dem Hause eines hervorragenden Mitglieds der Organisation begaben. Die Kunde von ihrer Ankunft verbreitete sich wie Lauffeuer und eine große Menschenmenge versammelte sich vor dem Hause.

Polizei eilte herbei und wurde von der Menge angegriffen. Ihr Kommandeur nahm Zuflucht in dem Hause, in dem die Mitglieder der Wafdisten-Partei versammelt waren. Schließlich machten die Polizisten von der Schußwaffe Gebrauch und vertrieben die Angreifer.

Kemal Pascha bleibt Präsident der Türkei. Mustapha Kemal Pascha wurde von der 4. türkischen Nationalversammlung, die in Angora zusammengetreten ist, einstimmig zum Präsidenten der türkischen Republik wiedergewählt. Mustapha Kemal Pascha hat sich wiederholt geweigert, Präsident auf Lebenszeit zu werden doch scheint er es automatisch zu verbleiben, nachdem er seine dritte vierjährige Amtsperiode angetreten hat.

Der Form halber wird Ismet Pascha den Rücktritt des gesamten Kabinetts erklären, und es wird als gewiß angesehen, daß der Präsident ihn zum Ministerpräsidenten wiederernennen wird.

Mustapha Kemal ist 49 Jahre alt und wurde am 29. Oktober 1923 nach Sturz der Regierung des Sultans zum ersten Präsidenten der türkischen Republik gewählt, in der er im Laufe seiner Regierungszeit verschiedene drastische Reformen durchgeführt hat.

Zum zweiten Deutschen Tag am 20. und 21. Juni in Regina

Wir tragen der Arbeit drückende Last
Und schaffen in atemraubender Hast.
In Mühen und Plagen sehnt sich das Herz
Nach Stunden der Rah', nach Frohsinn und Scherz.
Drum kommen wir alle zum Deutschen Tag
Trotz Sorgen und Kummer und Wetterschlag.

Wir eilen herbei aus Prärie und Wald
Und rufen, daß laut es himmelwärts schallt:
„Seid einig, ihr Deutschen! Einig macht stark!
Seid treu eurer Sprache, treu bis ins Mark!
Dann feiern wir alle den Deutschen Tag,
Wie Brüder mit einigem Herzensschlag."

Einer, der kommen wird.

Diplomatische Unhöflichkeit Briands

Der französische Außenminister überging Wien und Berlin bei Mitteilung seines neuen europäischen Wirtschaftsplanes

Berlin. — Wie hier verlautet, sind verschiedene europäische Hauptstädte von Plänen Aristide Briands, des französischen Außenministers, unterrichtet worden, die auf die Errichtung einer europäischen Wirtschafts-Verständigung als Gegenstück zu der zweiteiligen deutsch-österreichischen Zollunion abzielen. Wien und Berlin sind allerdings über dieses Vorhaben keine offiziellen Informationen zugegangen.

Alles, was dem deutschen Auswärtigen Amt über diese Pläne bekannt ist, beschränkt sich auf die Informationen, welche der deutsche Botschafter Graf Hoyos vom Quai d'Orsay zu erlangen vermochte. Es wurde indes in Erfahrung gebracht, daß die diplomatischen Vertreter Frankreichs in anderen europäischen Hauptstädten, besonders in Peing, Warschau und Bukarest, den dortigen Regierungen die Pläne Briands eingehend dargelegt haben.

Hier herrscht die Ansicht vor, daß Briand die Absicht hat, auf diese Weise Deutschland und Oesterreich dafür zu „züchtigen", daß sie mit dem Projekt ihrer Zollunion so unpöflich hervorgetreten sind, ohne bei den übrigen Regierungen, besonders der Pariser, zuerst anzufragen.

Diese offenkundige Hintansetzung wird indes in deutschen Regierungskreisen auf die leichte Schulter genommen. Ein hoher Beamter des Auswärtigen Amts sagte: „Es ist nicht der Mühe wert, darüber viel Aufsehens zu machen. Zweifellos werden wir kurz vor der Genfer Tagung offiziell benachrichtigt werden. Wir können warten. Ist doch Briands Plan alles, nur nicht konkret."

Reichseisenbahn kann Reparationen nicht aufbringen

Berlin. — Die Einnahmen der Deutschen Reichs-Eisenbahnen, die als ziemlich zuverlässiger Wirtschafts-Maßstab für Deutschland angesehen werden, sind im Jahre 1930 um ungefähr $186,000,000 zurückgegangen.

Die angegebene Zahl entstammt dem eben veröffentlichten Jahresbericht der Reichseisenbahnen. Die Höhe des Ausfalls ist um so bemerkenswerter, als die Bahneinnahmen in den vier vorhergegangenen Jahren fortwährend gestiegen waren. Ein beträchtlicher Teil der deutschen Reparationszahlungen wird aus den Bahneinkünften geleistet.

Durch äußerste Sparmaßnahmen, wie die Beschneidung der Angestelltengehälter und Beschränkung der Neuanschaffungen auf das unvermeidliche Minimum, ließ sich immerhin noch ein Ueberschuß von $110,000,000 erzielen.

Der Ueberschuß war allerdings unzureichend, um die Reparationsrechnung des Reiches für das Jahr 1930 im Betrage von $157,000,000 zu bestreiten; ebenso wurde ein beträchtlicher Teil der vom Jahre 1929 übernommenen Reserven aufgebraucht.

Bedenken Sie, bitte, welch hohe Auslagen mit einem Zeitungsbetrieb verbunden sind! Darum sollten Sie Ihr Abonnement vorausbezahlen. Sie haben dann nur $2 zu entrichten und sparen so 50 Cents, während der reguläre Abonnementspreis $2.50 beträgt.